

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 180 (2014)

Heft: 3

Artikel: Sicherheitspolitik ohne Illusionen

Autor: Spillmann, Kurt R.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-391377>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sicherheitspolitik ohne Illusionen

Form Follows Function, Form folgt aus der Funktion! Dieser Leitsatz aus Design und Architektur gilt auch für Armeepaner. Die Armee ist in allen Staaten das grösste und kostspieligste Instrument der Sicherheitspolitik. Ihre Ausgestaltung muss von ihrer Funktion abgeleitet werden. Und wenn die Funktion hauptsächlich als Schutzfunktion gesehen wird, dann steht am Anfang jeder Armeepanung und jeder sicherheitspolitischen Planung die Frage: wodurch ist die Sicherheit gefährdet – heute und in Zukunft – und welche Mittel sind am besten geeignet, sie zu schützen – heute und in Zukunft?

Kurt R. Spillmann

Für die Schweiz war die Frage der Bedrohung für lange Generationen gleichbleibend einfach zu beantworten: das Staaten-Umfeld ist feindlich oder unsicher, deshalb muss die Schweiz bereit sein, sich gegen eine Invasion aus der Nachbarschaft zu verteidigen. Im Ersten Weltkrieg galt es, die Grenzen gegen Frank-



Symbol der Schweiz im Kalten Krieg:
Der Pavillon der Armee an der expo64
in Lausanne. Bild: Schönwandt

reich und Deutschland abzusichern. Im Zweiten Weltkrieg war die Schweiz von den Achsenmächten umzingelt. Im Kalten Krieg verlief die bedrohliche Ost-West-Front mitten durch Deutschland und spaltete ganz Europa, mit Flugplätzen in der (damaligen) Tschechoslowakei und Ungarn, deren Flugzeuge theoretisch in wenigen Minuten die Schweiz erreichen konnten. Dieser Bedrohung gegenüber entwickelte der bedeutendste damalige Militärdenker der Schweiz, Gustav Däniker, das Konzept der Dissuasion: die Schweiz musste militärisch so stark sein, dass jeder Besetzungsversuch den Gegner unverhältnismässig viele Kräfte kosten und somit unrentabel werden müsste. Das war das damalige – und glücklicherweise

nie auf die Probe gestellte – Modell der Friedenssicherung durch Stärke. 625 000 Mann waren gegen Ende der 80er Jahre mobilisierbar und ausgerüstet. Doch 1989 endete der Kalte Krieg. Die jahrzehntelange Spaltung Europas verschwand. Kein neuer Feind erschien am Horizont. Und auch seither hat sich kein neuer Feind gezeigt, der in einem militärischen Szenario diese Rolle glaubwürdig spielen könnte. Europa verdankt der Europäischen Union die friedlichste Periode seiner ganzen bisherigen Geschichte.

Keine Kriegsfront in der Nachbarschaft

Mit dem Wegfall einer potentiellen Kriegsfront in direkter Nachbarschaft, wie sie 500 Jahre bestanden und unser Denken tief geprägt hat, entfällt der eigentliche innerste Angelpunkt der bisherigen sicherheitspolitischen Strategie der Schweiz. Das Land liegt nicht mehr in unmittelbarer Nähe der Front eines jederzeit möglichen Hegemonial-Konfliktes, sondern befindet sich in einer echten Binnenlage, nämlich im Innern der sich konsolidierenden Europäischen Union, abgesichert durch den doppelten Ring der Demokratien der Europäischen Union und der Staaten der NATO. Die fundamentale Bedeutung dieser Veränderungen ist bis heute der Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung entweder nicht zum Bewusstsein gekommen oder aber sie hat tiefe Abwehrrängste ausgelöst und ein fast reflexartiges Festhalten am so lange nützlichen Konzept der integralen Neutralität bewirkt.

Schon 1990 wurde im Bericht des Bundesrates zur schweizerischen Sicherheitspolitik (Bericht 90) in offener Weise aus-

gesprochen, warum auch die Schweiz das Ausmass ihrer internationalen Kooperation vergrössern muss: «Eine ganze Reihe von Sicherheitsproblemen, vor allem im vorbeugenden Bereich, lassen sich nur noch im Zusammenwirken mit anderen Staaten lösen» und «Indem wir zur allgemeinen Friedenssicherung, zur Krisenbewältigung und zur Beseitigung von Konfliktursachen namentlich in Europa beitragen, leisten wir auch einen wesentlichen Beitrag an unsere eigene Sicherheit.»

Das waren neue Töne. Das war nicht mehr nur militärische Abwehr und reaktives Verhalten. Das war ganzheitliche Sicherheitspolitik. Die Schweiz sollte sich sogar bereit machen, selber aktiv stabilisierend in ihrem Umfeld tätig zu werden. Doch in spürbarem Kontrast zu dieser Analyse zog sich die seither praktizierte Sicherheitspolitik im Wesentlichen auf die Wahrung der Abwehr-Tradition zurück. Der vom Bundesrat schon 1990 geforderte «Beitrag an die internationale Stabilität, vornehmlich in Europa» wurde nie realisiert.

Bedeutung des Territoriums

Die starke Betonung der Bedeutung des Territoriums im sicherheitspolitischen Zusammenhang hat sicher eine ehrwürdige Tradition, besonders auch im Lichte der historischen Kriegserfahrungen bis zum Zweiten Weltkrieg. Ohne Besitz eines Territoriums kann ein Volk nach Völkerrecht keinen Staat bilden und auch nicht jene Freiheit und Unabhängigkeit beanspruchen, die im Selbstverständnis der Schweizer durch Jahrhunderte hindurch zäh und erfolgreich verteidigt wurden. Dennoch ist recht vielen – vor allem jüngeren –



Ortsfeste Verteidigung im Kalten Krieg (Centurion-Panzerabwehrbunker). Bild: Festung-Schweiz

Schweizern von heute klar, dass der Besitz des schweizerischen Territoriums für die heute lebende Gesellschaft keine Sicherung des Überlebens, vor allem keine Sicherung des Weiterlebens mehr bedeutet. Die Mehrheit der Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter der Schweiz kommt aus dem Ausland, die Rohstoffe der Industrie kommen aus dem Ausland, die Mehrheit der in der Schweiz hergestellten Produkte geht ins Ausland. Die heutige Schweiz ist in einem viel höheren Masse verzahnt mit dem Ausland und abhängig vom Ausland als je zuvor in ihrer Geschichte. Die Schweiz ist eine hochtechnisierte, international vernetzte und extrem arbeitsteilige Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft, die nach einem allfälligen Krieg nicht einfach auf dem Niveau einer Agrargesellschaft weiterleben könnte. Das heisst aber, dass es heute schwieriger wäre als je zuvor, das sicherheitspolitische Ziel «Behauptung des Staatsgebietes» im militärischen Alleingang zu realisieren. «Sicherheit durch Kooperation», wie sie der Bundesrat 1999 in seinem Bericht zu Sicherheitspolitik forderte, ist heute noch zwingendere Vorgabe als je zuvor.

Die Entwicklung seit dem Ende des Kalten Krieges zeigt, dass die Sicherheit des europäischen Raumes vermehrt zum Thema einer europäischen Sicherheitspolitik wird. Die Frage, die sich heute für die schweizerische Sicherheitspolitik stellt, knüpft an eine Beurteilung des Gelingens oder Misslingens des europäischen Integrationsprozesses und an die Beständigkeit der gemeinsamen Sicherheitsinteressen der europäischen Staaten an. Nur wer einen Rückfall Europas in den zerstörerischen Nationalismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts für wahrscheinlich hält und glaubt, die daraus fol-

genden Kriege würden mehr oder weniger nach den Mustern des Ersten und Zweiten Weltkrieges ablaufen, kann sich von der Aufrechterhaltung einer sorgfältigen Abgrenzung von der Umwelt und einer rein nationalstaatlichen, traditionellen Sicherheitspolitik noch sinnvollen Schutz für die Schweiz versprechen. Aber es ist grundsätzlich unwahrscheinlich, dass die Schweiz als

Insel des Reichtums und des Wohlstands längere Zeit überleben könnte in einem sonst in Kriegswirren zurückfallenden Europa. Trotzdem ist viel schweizerisches Nachdenken und Planen im Bereich der Sicherheitspolitik immer noch auf das Szenario eines Rückfalls in inhereuropäische Bruderkriege ausgerichtet. Es scheint für unser nationales Selbstbewusstsein wichtiger zu sein, an der

heitsraumes zu diskutieren und die sicherheitspolitisch notwendigen Schlüsse daraus zu ziehen.

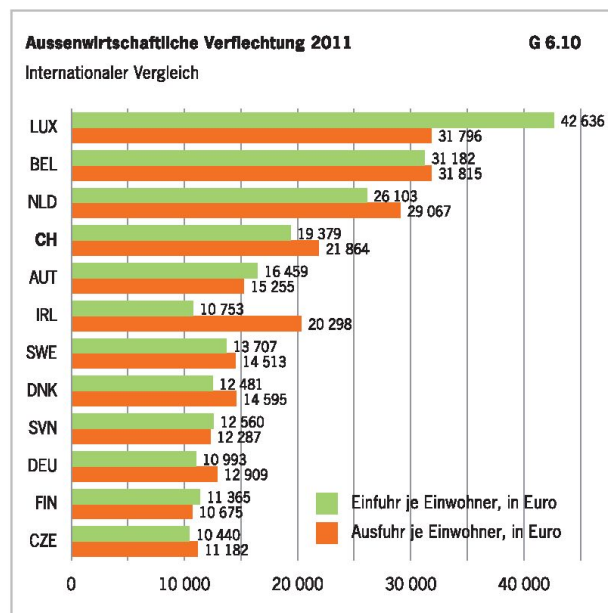
Überholte Sicherheitspolitik?

Die Schweiz hat nach dem Ende des Kalten Krieges eine Sicherheitspolitik beibehalten, die sich als sinnvoll erwiesen hat im deutsch-französischen Krieg, im Ersten Weltkrieg, im Zweiten Weltkrieg. Bereits in den 45 Jahren zwischen 1945 und 1989/90 verdankte die Schweiz – wie alle anderen Länder Westeuropas – ihre Unabhängigkeit de facto der Abschreckungswirkung der NATO bzw. der in ihrem Rahmen verpflichteten amerikanischen Nuklearwaffen. Wäre ein europäischer Grosskrieg ausgebrochen, wäre die Schweiz trotz ihrer Neutralität in einen nuklearen Krieg verwickelt worden, mit Folgen, deren Ausmass an Verlusten und Zerstörungen wir uns nur schwer vorstellen können.

Die in der Vergangenheit bewährte Technik des Stillsitzens während der militärischen Auseinandersetzungen der mächtigen Nachbarn ist heute mangels solcher Auseinandersetzungen sinnlos. Stillsitzen ist heute gleichbedeutend mit Verzicht auf

Mitgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen des sich weiter entwickelnden europäischen Wirtschafts- und Sicherheitsraumes, und damit Verzicht auf die Mitgestaltung wichtiger Rahmenbedingungen unserer nationalen Existenz. Der «freiwillige Nachvollzug» kann für ein selbstbewusstes Land, das die Unabhängigkeit zum obersten Ziel seiner Sicherheitspolitik deklariert hat, keine Dauerlösung sein.

Eine logische Konsequenz für die Neuausrichtung der schweizerischen Sicherheitspolitik auf diese Tatsachen würde heissen, dass die Schweiz zu einer konsequent kooperativen Sicherheitspolitik übergeht. Das bedeutet nicht, die eigene Tradition der Landesverteidigung aufzugeben, sondern das bedeutet,



Die schweizerische Volkswirtschaft ist seit jeher stark verflochten: die Ein- und Ausfuhrwerte pro Kopf sowie die Import- und Exportquote (prozentuale Wertanteile am Bruttoinlandprodukt) gehören weltweit zu den höchsten. Grafik: Bundesamt für Statistik

Fiktion einer autonomen Landesverteidigung festzuhalten, als die realen Gegebenheiten der europäischen Umwelt des 21. Jahrhunderts realistisch abzuwägen, pragmatisch die Möglichkeiten der Mitgestaltung eines europäischen Sicher-

rischen Sicherheitspolitik auf diese Tatsachen würde heissen, dass die Schweiz zu einer konsequent kooperativen Sicherheitspolitik übergeht. Das bedeutet nicht, die eigene Tradition der Landesverteidigung aufzugeben, sondern das bedeutet,

in geeigneter Form die eigenen Kräfte mit dem grösseren Ganzen zu koordinieren und mit Selbstbewusstsein und dem klaren Bewusstsein, dass die Sicherheit der Schweiz Teil der Sicherheit Europas ist, nach kooperativen Formen zu suchen.

Es geht für die Schweiz – wieder einmal – darum, in einem Prozess der Interessenabstimmung und notgedrungen auch durch Anpassung an das Umfeld die ihr wichtigen sicherheitspolitischen Ziele in die Zukunft hinein zu bestimmen und eine darauf gerichtete Strategie zu finden.

Europäische Sicherheit

Die Schweiz muss ihre Sicherheit als Teil der europäischen Sicherheit erkennen lernen, wenn unsere Armee nicht in folkloristischen Ritualen ihre reale Kampftauglichkeit verlieren soll. Sie muss sich dementsprechend europäisch engagieren, auch wenn dies nicht ohne Abstriche an liebgewordenen Traditionen geht. Die Schweiz hat seit einigen Generationen ohne innere Zerreihsproben gelebt, weil sie keine schwierigen aussenpolitischen Entschei-

gen auf das Selbstbewusstsein der jeweiligen Betroffenen. Es wäre eine Illusion zu glauben, die Schweiz könne das Rad der Geschichte anhalten und sich von den fundamentalen Veränderungen in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges abschotten.

Die Zusammenarbeit aller europäischen Staaten ist auch ein Akt der gemeinsamen Konsolidierung europäischer Eigenständigkeit gegenüber einem Aufbruch der Länder Asiens. Dieser Aufbruch Asiens – vor allem Chinas – wird seine Auswirkungen zuerst wirtschaftlich, und im Laufe der nächsten Jahrzehnte auch politisch, bis nach Europa haben.

Die aus einer so grundlegenden Neuorientierung abzuleitende Armeepflicht wird nicht ohne massive Umbauten auskommen. Die Armee muss sich so konfigurieren, dass sie einerseits mit kleinen, aber hochmodern ausgerüsteten und teilprofessionalisierten Elementen auch an koordinierten Einsätzen (im Rahmen der GSVP, der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik) jenseits der Landesgrenzen teilnehmen kann (was neue und anspruchsvolle logistische Aufgaben mit sich bringt), andererseits mit der angepassten Miliz-Armee die vielfältigen Aufgaben

in der Schweiz selbst wahrnehmen kann, von Katastrophen- und Bewachungs- bis zu Kampfeinsätzen.

Paradigmenwechsel

Der politische Paradigmenwechsel erfordert von der Schweiz einen grundlegenden Wechsel der sicherheitspolitischen Philosophie und Strategie. Alle organisatorischen Massnahmen wie die Konfiguration der Armee, ihre Einsatzdoktrin, Ausrüstung, Ausbildung und das Rekrutierungsverfahren leiten sich von der



Zusammenarbeit von Streitkräften: ein amerikanisches Tankflugzeug KC-135FR der französischen Luftwaffe betankt zwei Gripen der schwedischen Luftwaffe [Unified Protector]. Bild: Saab

Grundsatzentscheidung zur Realisierung der «Sicherheit durch Kooperation» ab. Wenn mit diesem politischen Entscheid endlich Ernst gemacht werden wird, dann werden auch die Spezialisten nicht fehlen, um die einzelnen Massnahmen der Umsetzung fachkundig vorzubereiten.

Einer der weltpolitisch erfahrensten Schweizer der Zeit des Kalten Krieges, der 2007 verstorbene ehemalige Staatssekretär Edouard Brunner, bekam 1996 vom damaligen Verteidigungsminister Adolf Ogi den Auftrag, mit einer politisch repräsentativ zusammengesetzten Kommission die Konsequenzen aus dem Ende des Kalten Krieges für die Schweiz zu studieren, die Entwicklungen der nächsten 25 Jahre abzuschätzen und Empfehlungen zu formulieren. Nach Anhörung von vielen Fachleuten lieferte Brunner 1998 im Namen der Kommission den Bericht ab. Es ist sehr instruktiv, heute die Analyse und die Empfehlungen dieses Berichtes zu lesen und sie mit der Ratlosigkeit der Gegenwart zu vergleichen.

Kommission Brunner

Die von allen Kommissionsmitgliedern (ausser Christoph Blocher) mitgetragenen Schlussfolgerungen lauteten: «Der Schweiz droht seit den tiefgreifenden Umwälzungen in Europa Ende der achtziger Jahre keine direkte konventionelle Aggression mehr. Andere Gefahren und Bedrohungen tauchen auf oder sind bereits Realität geworden (z. B. Terrorismus, organisiertes Verbrechen, elektronische Kriegführung). Wenn wir unsere Sicherheit besser gewährleisten wollen, ist Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn sowie den atlantischen und europäischen Organisationen notwendig. Gegen manche Gefahren können wir uns nicht im Alleingang schützen. Die Kommission begrüssst, dass der

Die Schweiz ist extrem von ausländischen Rohstoffen abhängig; Kupfermine Tintaya in Peru.

Bild: Hildegard Willer



dungen zu treffen hatte und sich auf die Verwaltung ihres prekären inneren Gleichgewichtes zwischen den verschiedenen Teilen und Interessengruppen konzentrieren konnte. Mitarbeit in Europa bedeutet aber, mit einer ganzen Reihe schwieriger wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Probleme konfrontiert zu werden. Es ist richtig, dass die engere Kooperation mit den europäischen Nachbarn einen Preis hat, materiell und politisch. Aber auch Drückebergerei hat langfristig ihren Preis: Er liegt in der Marginalisierung mit ihren Rückwirkun-

Bundesrat den Beitritt zur EU zum strategischen Ziel erklärt und durch die Partnerschaft für den Frieden einen Weg zur Kooperation mit der NATO gefunden hat. Je aktiver unsere Rolle ist, um so besser können wir unsere Meinung einbringen, unsere Interessen wahren und unsere Sicherheit gewährleisten.

Die Schweiz muss ihre Solidarität im Ausland verstärken. Wir empfehlen die Bildung eines «Schweizer Solidaritätskorps» als Bestandteil der Armee. Dessen Mitglieder müssen sich selber schützen können. Das Korps kommt im Ausland für Rettungs- und Friedensaktionen und zur Unterstützung ziviler Behörden zum Einsatz.

Die Milizarmee ist beizubehalten – wenn auch zahlenmässig begrenzt (wobei aber eine Aufwuchsfähigkeit bewahrt werden soll). Sie soll vermehrt durch professionelle Verbände ergänzt werden.

Die Neutralität wird sowohl im Ausland als auch im Inland immer stärker hinterfragt. Sie hat aber ihren Platz im kollektiven Bewusstsein der Schweizerinnen und Schweizer. Wir empfehlen, sie weiterhin flexibel und pragmatisch anzuwenden. Sie darf keinesfalls unsere Sicher-



Zusammenarbeit von Streitkräften: NATO Military Committee, Januar 2014. Bild: NATO

heit beeinträchtigen, zumal sie immer ein Mittel zur Wahrung unserer Interessen und nie Selbstzweck war.

Bei allem Willen für eine lagegerechte Ausrichtung, Kooperation und solidarisches Engagement – an denen sich unsere Sicherheit und die daraus folgenden Reformen der Armee orientieren müssen – haben wir den spezifischen Interessen unseres Landes Sorge zu tragen. Nicht immer decken sich diese mit den Interessen unserer Partner. Am Anfang jeder Sicherheitspolitik steht eine eigenständige Analyse.»

Statt unsere Nachbarn mit Misstrauen zu betrachten, sollten wir den Blick über den Zaun wagen, unsere Lage im Herzen Europas realistisch analysieren und endlich mit unseren Nachbarn das ernsthafte und vertiefte Gespräch über unsere gemeinsamen Sicherheitsinteressen in Gang bringen. Für die praktische Ausgestaltung und Planung der Armee wird sich dann als zwingende Konsequenz – anstelle parlamentarischer Spiegelfechtereien um einzelne Waffentypen – endlich ergeben: FFF. Form Follows Function, die Form folgt aus der Funktion. ■



Oberst
Kurt R. Spillmann
Prof. Dr.
8032 Zürich



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement
für Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport VBS
Schweizer Armee
Führungsstab der Armee FST A
Kompetenzzentrum SWISSINT

Schriftliche Bewerbung an:
Führungsstab der Armee
Kompetenzzentrum SWISSINT
11 Personal
Kasernenstrasse 8
6370 Stans-Oberdorf
recruit.swissps@vtg.admin.ch
www.armee.ch/peace-support

Weitere interessante Stellenangebote
der Bundesverwaltung finden Sie unter
www.stelle.admin.ch

Militärische Auslandseinsatzmöglichkeit

SWISSCOY (KFOR, Kosovo)

Wir suchen für das Schweizer-Kontingent im Kosovo

militärisches Personal und Kader aller Stufen

Ihr Profil:

Sie verfügen über eine Lehre oder Matura, einen einwandfreien Leumund und gute militärische Qualifikationen. Sie sind Schweizer Bürger/in im Alter von 20 bis 45 Jahren, haben erfolgreich die Rekrutenschule/Kaderschule absolviert und sind/waren diensttauglich. Sie sind charakterlich und körperlich robust.

www.armee.ch/peace-support-jobs

Unsere Erwartung:

Sie sind bereit, während 8 Monaten (2 Monate in der Schweiz und 6 Monate im Ausland) die Arbeitskraft in den Dienst der internationalen Völkergemeinschaft zu stellen. Sie sind fähig, sich in eine militärisch organisierte und international geführte Gemeinschaft einzufügen.

